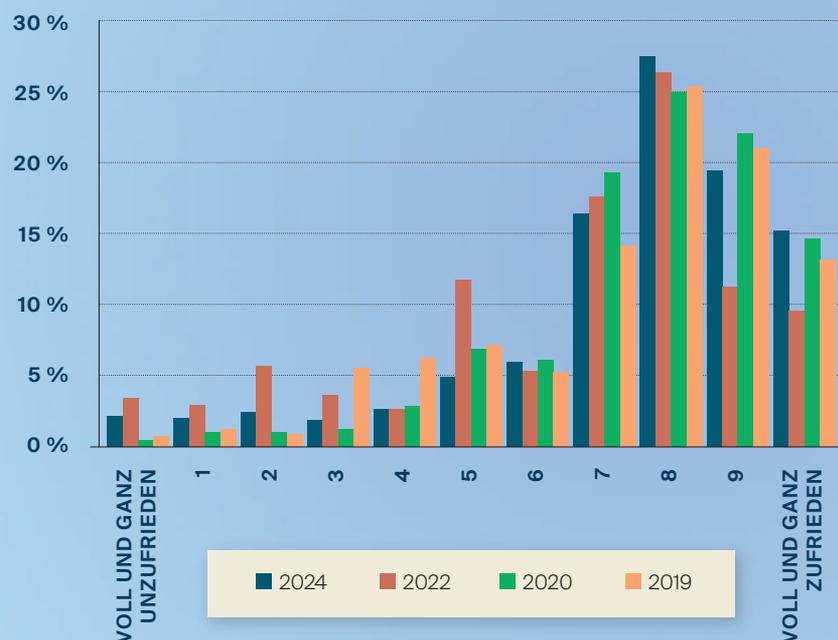


# LIECHTENSTEINS GLÜCK IST STABIL

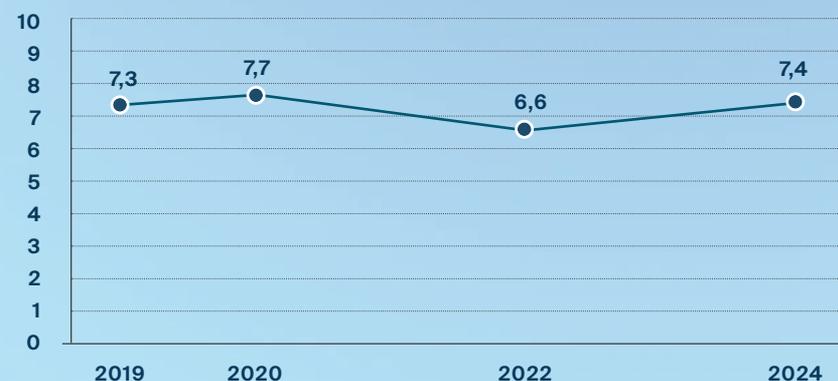
Die Lebenszufriedenheit in Liechtenstein ist konstant hoch. Dies zeigt das aktuellste «Lie-Barometer». Auf einer Skala von 0 bis 10 lag der Mittelwert der Zufriedenheit mit dem jetzigen Leben in Liechtenstein bei 7,4.

## ZUFRIEDENHEIT MIT DEM LEBEN

Auf einer Skala von 0 (voll und ganz unzufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden), wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben? (Anteil in %)



Arithmetischer Mittelwert der individuellen Lebenszufriedenheit zwischen 2019 und 2024



## «LIE-BAROMETER»

Seit 2019 führt das Liechtenstein-Institut im Auftrag des Vaduzer Medienhauses das sogenannte Lie-Barometer durch. In Anlehnung an verschiedene internationale Studien wie das Credit-Suisse-Sorgenbarometer, das Eurobarometer der Europäischen Kommission, den OECD Better Life Index sowie den World Happiness Report soll das Lie-Barometer Aufschluss geben, wie zufrieden die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins mit ihrem Leben und welches ihre grössten Sorgen sind. 2024 war die Umfrage Teil der Nachbefragung zur Abstimmung über den Ergänzungskredit für den Neubau des Landesspitals vom 16. Juni 2024. Die Grundgesamtheit bildeten die Liechtensteiner Stimmberechtigten (n = 916), wobei letztlich 891 Beobachtungen in die Analyse einfließen. Die Daten wurden überdies nach Geschlecht, Alter und Bildungsniveau gewichtet. Zusätzlich wurde auch nach vergangenem Wahlentscheid (Landtagswahlen 2021) gewichtet.

# ZUSAMMENHALT IM LAND IST GUT – TROTZDEM HAT ER GEBRÖCKELT

Die Coronapandemie und die damit zusammenhängenden Spannungen sind nicht ganz spurlos an der Gesellschaft vorbeigegangen. Im Rahmen einer Studie gaben die Teilnehmenden zudem an, dass sich die Individualisierung negativ auf den Zusammenhalt auswirkt.

**VALESKA BLANK**

**W**ie gut klappt es mit dem «Metanand» im Land? Das wollte das Liechtenstein-Institut mit einer Befragung herausfinden. Obwohl die Einschätzung vermutlich sehr individuell ist, zeigte die Studie doch ein sehr eindeutiges Ergebnis: Die Mehrheit der Befragten bewertete den sozialen Zusammenhalt in Liechtenstein mit «eher gut» oder «sehr gut». Auch der Rückblick auf die letzten fünf Jahre zeigt ein überwiegend positives Bild: Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gemäss früheren Umfragen grösstenteils als sehr gut oder eher gut empfunden.

Ein weniger positives Bild ergab sich bei der Frage nach der Entwicklung. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden gab an, dass die Qualität des Zusammenhalts in den letzten Jahren abgenommen habe.

## «Jeder ist mit sich selbst beschäftigt»

Die Gründe für dieses Urteil sind vielfältig (s. Grafik). 16 Prozent der Befragten begründeten den schwindenden sozialen Zusammenhalt im Land mit einer zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft. Dies zeigt sich laut der Studie etwa in Aussagen wie: «Jeder lebt für sich», «Jeder ist mit sich selbst beschäftigt», «Individualität geht vor» oder «Verstärkter Individualismus».

An zweiter Stelle folgt als Begründung für den schwindenden Zusammenhalt die Coronapandemie – etwa die damit verbundenen Massnahmen und Auseinandersetzungen. Neben allgemeineren Aussagen zur Pandemie wird vereinzelt auch konkret auf die Coronapolitik Bezug genommen. So wurde

beispielsweise angeführt: «Der Zusammenhalt hat seit den Coronamassnahmen merklich abgenommen» oder «Der Staat hat in der Pandemie alles gemacht, damit man sich nicht mehr trifft».

Weiter gaben einige Teilnehmende an, dass viele den zwangsläufig angeeigneten Rückzug ins Private noch nicht ablegen konnten, gewissermassen also noch nicht ins gesellschaftliche, aktive Leben vor dem Jahr 2020 zurückgefunden hätten. Das Fazit der Studienautoren: Die Coronaphase ist nicht ganz spurlos an der Gesellschaft vorbeigegangen.

## Egoismus, Anonymität und Neid

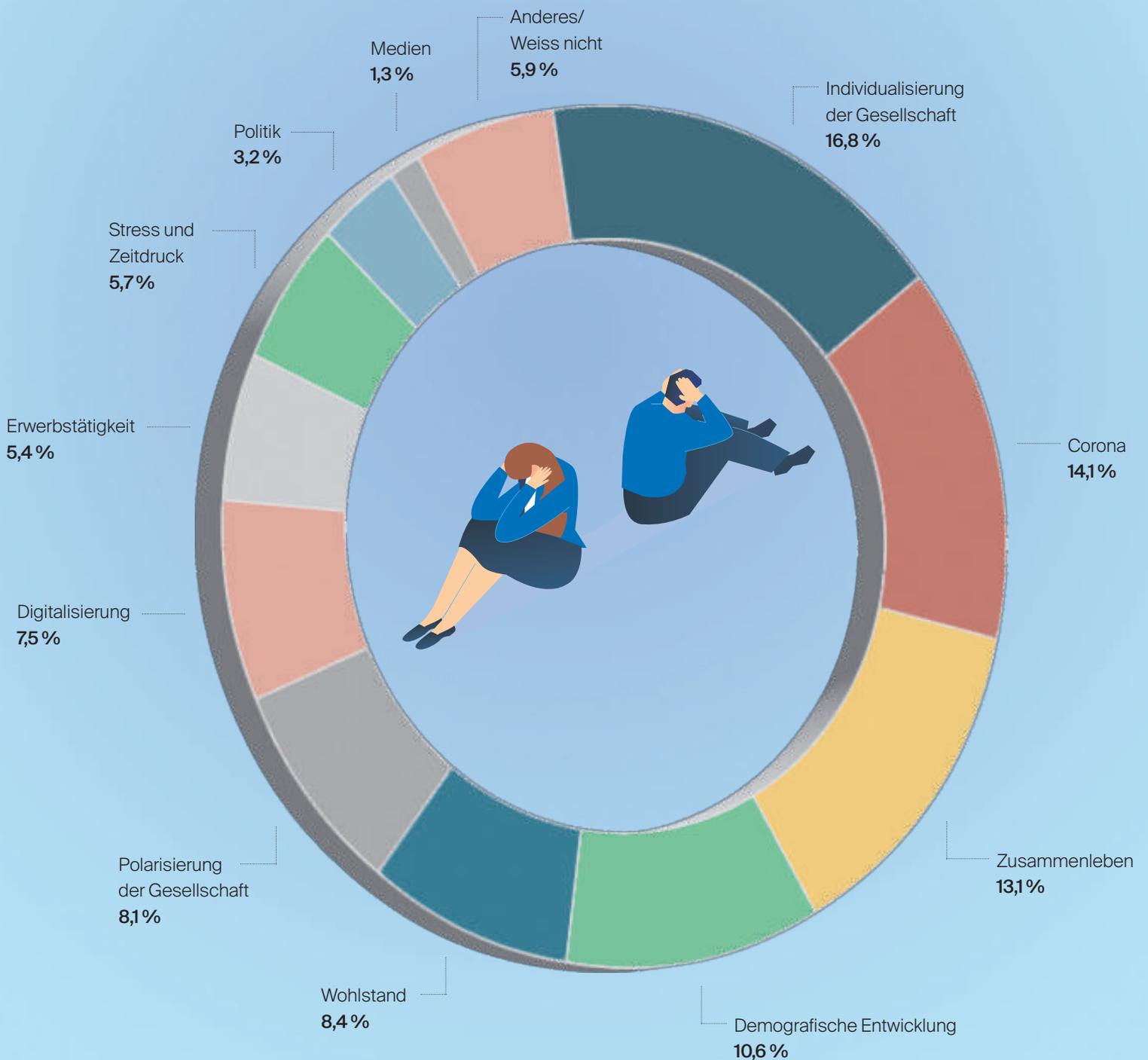
Daneben wurden aber auch noch viele weitere Tendenzen genannt, die den sozialen Zusammenhalt zumindest ein Stück weit haben bröckeln lassen. Aspekte wie Egoismus, Anonymität oder Neid, aber zum Beispiel auch die Wohnsituation und ein wahrgenommener Rückgang des Vereinslebens wurden von rund 31 Prozent als Ursache für den Rückgang angeführt.

Auch demografische Entwicklungen – Zuwanderung, aber auch Bevölkerungswachstum generell – waren für eine nicht unerhebliche Zahl der Befragten ein weiterer Grund dafür, dass das Miteinander im Land abgenommen hat. Interessanterweise wird der Wohlstand als destabilisierend für den Zusammenhalt angegeben. Das zeigten Aussagen wie «Es geht uns zu gut», «Es gibt zu viele Neureiche» oder «Der Lebensstandard ist zu hoch».

Die Polarisierung der Gesellschaft, die Digitalisierung – auch im Kontext der Sozialmedien – und die zunehmende berufliche Last sind in den Augen der Befragten weitere Faktoren für den Rückgang des Zusammenhalts.

# GRÜNDE DAFÜR, DASS DER GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENHALT ZURÜCKGEHT

Die Gründe für den Rückgang des sozialen Zusammenhalts wurden im Rahmen einer Studie des Liechtenstein-Instituts abgefragt. Die Erhebung wurde auf Initiative der Stiftung Lebenswertes Liechtenstein durchgeführt. Insgesamt flossen 891 Interviews in die Analyse ein.



# WAS MIT GELD ZUSAMMENHÄNGT, BEREITET AM MEISTEN SORGEN

Welche Themen geben im Land Anlass zum Unmut? Und worüber zerbricht sich die Bevölkerung den Kopf? Ein Überblick über die grössten Sorgen im Land.

VALESKA BLANK

**D**er pflegebedürftige Vater, die launische Chefin oder banale Dinge wie Schnecken im Garten: Grössere und kleinere Sorgen gehören zum Leben. Viele davon mögen individuell sein, doch bei Umfragen zeigt sich regelmässig: Es gibt Sorgen, die sich durch die ganze Bevölkerung Liechtensteins ziehen.

Im Rahmen der Studie über den sozialen Zusammenhalt im Land, die das Liechtenstein-Institut kürzlich publiziert hat, wurden die Teilnehmenden zu ihren drängendsten Problemen befragt. Auffällig bei den Ergebnissen sei, so die Studienautoren, dass unter den fünf am häufigsten genannten Sorgen vier im Zusammenhang mit finanziellen Ausgaben – sprich: Geld – zusammenhängen (s. Grafik auf der nächsten Seite).

## Gesundheitskosten als grösstes Problem genannt

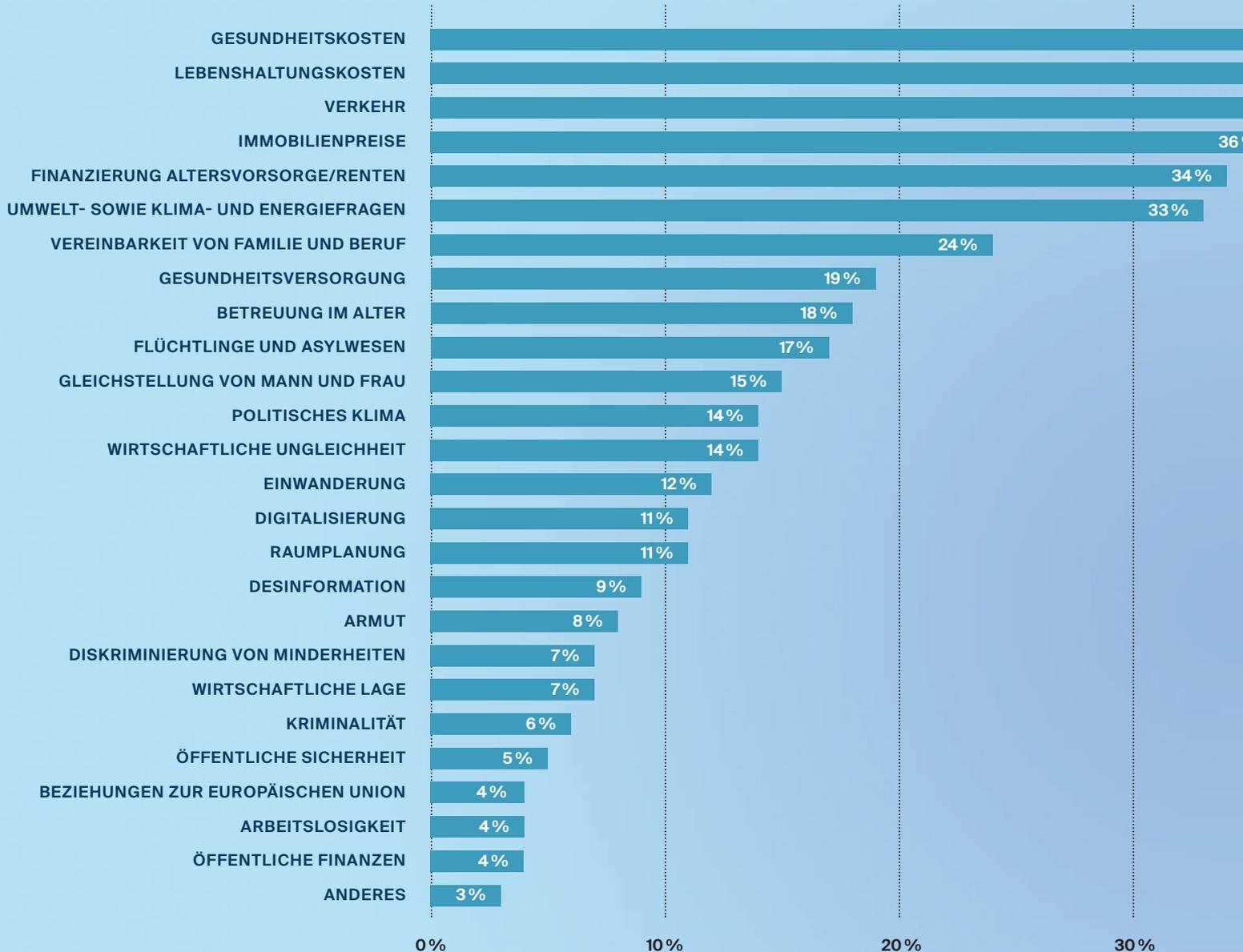
Problem Nummer eins ist ein Dauerbrenner: Weitaus am meisten Bauchweh bereiten den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern die Gesundheitskosten. Damit dürften in erster Linie die Krankenkassenprämien gemeint sein, die das Budget der hiesigen Haushalte zunehmend belasten. Mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) gaben in der Umfrage an, dass ihnen die Gesundheitskosten Sorgen machen.

Auf Rang zwei folgen die allgemeinen Lebenshaltungskosten, die von 43 Prozent der Befragten als Sorge definiert wurden. Ein Grund dafür könnte sein, dass das Thema Teuerung in den vergangenen Jahren – nach einem langen Zeitraum ohne Inflation – wieder an Aktualität gewonnen hat. Obwohl Liechtenstein von den hohen Teuerungsraten anderer europäischer Länder verschont blieb, scheinen steigende Preise auch im Land für Kopfzerbrechen zu sorgen.



# DIE DRÄNGENDSTEN PROBLEME LIECHTENSTEINS

(Anteil Nennungen in %)



## Teure Immobilien sorgen für Unmut in der Bevölkerung

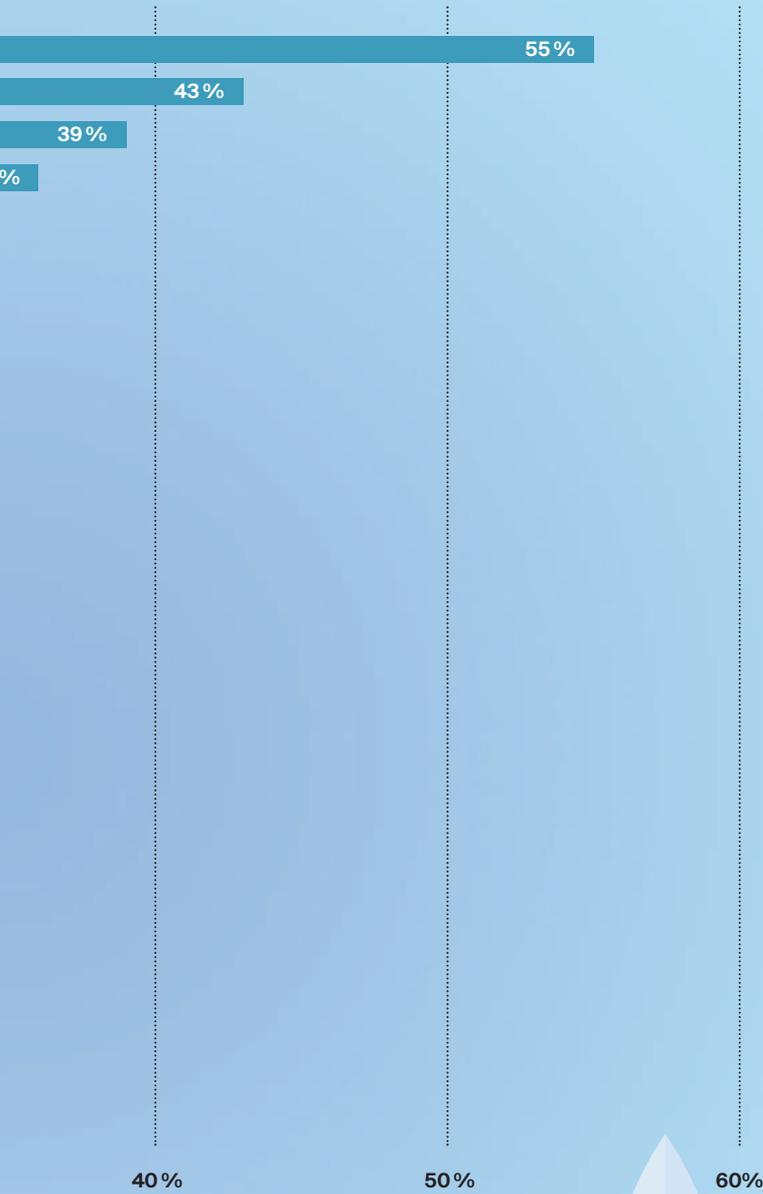
Ein Problem, das nicht im direkten Zusammenhang mit persönlichen Ausgaben steht, landet auf Platz drei der Rangliste. Der Verkehr ist für 40 Prozent der Befragten eines der drängendsten Probleme im Land.

Darauf folgt ein Thema, das in den vergangenen Jahren zunehmend kontrovers diskutiert wurde und regelmässig für Unmut sorgt: die Immobilienpreise im Land. Etwas mehr als jeder dritte Befragte (36 Prozent) ärgert sich gemäss der Umfrage darüber. Verwunderlich ist das nicht. Wegen der steigenden Baukosten haben etwa die Mieten bei Neubauprojekten zuletzt nach oben tendiert. Dazu kommt, dass der Kauf eines Eigenheims in Liechtenstein für viele nicht mehr erschwinglich ist.

## Befragte machen sich Gedanken um Finanzen im Alter

Für Beunruhigung sorgen auch die Finanzierung der Altersvorsorge und die Rente. 34 Prozent der Teilnehmenden gaben an, sich darüber Sorgen zu machen. Damit landet der Bereich rund um AHV und Pensionskasse auf Platz fünf.

Auf den mittleren Rängen landen Themen, die für gesellschaftlichen Zündstoff sorgen. 17 Prozent sorgen sich um die Themen Flüchtlinge und Asylwesen, während weitere 12 Prozent der Befragten die Einwanderung als Problem nannten. Die Gleichstellung von Mann und Frau wurde von 15 Prozent als ein wichtiges Problem angesehen, während das politische Klima sowie die wirtschaftliche Ungleichheit von 14 Prozent der Befragten genannt wurden.



Die grössten Sorgen Liechtensteins wurden im Rahmen der Studie zum sozialen Zusammenhalt abgefragt. Die Erhebung wurde durch das Liechtenstein-Institut auf Initiative der Stiftung Lebenswertes Liechtenstein durchgeführt. Insgesamt flossen 891 Interviews in die Analyse ein,



# VIEL GETAN, NICHTS BEWEGT



Obwohl der VU und der FBP in Verkehrsfragen gemäss Umfrage am meisten zugetraut wird, vermochte bisher weder die eine noch die andere Partei die Bevölkerung in wichtigen Grundsatzfragen in diesem Bereich zu überzeugen.

DESIRÉE VOGT

**D**as Problem: Die Bevölkerungszahl hat sich in den vergangenen 50 Jahren beinahe verdoppelt und die Zahl der Beschäftigten mehr als verdreifacht. Doch die Verkehrsinfrastruktur entspricht grösstenteils noch derjenigen, wie sie bis Anfang der 1970er-Jahre errichtet worden ist. Die Mobilitätsbedürfnisse sind nicht nur gestiegen, sie haben sich auch verändert. Und hinzugesellen sich weitere Herausforderungen: Umwelt- und Klima sind zu berücksichtigen bzw. zu schonen. Und der technologische Wandel ist rasant.

## **Damals wie heute ...**

Erkannt wurde das immer grösser werdende Verkehrsproblem – vor allem zu Spitzenzeiten – schon lange, doch der richtig grosse «Wurf» ist weder unter der Führung der FBP noch unter der VU gelungen. Und das, obwohl immer wieder Konzepte erstellt, Arbeitsgruppen eingesetzt und stapelweise Lösungsvorschläge präsentiert wurden. Bereits vor rund 20 Jahren wurde darüber diskutiert, ob finanzpolitische Massnahmen wie die Erhebung von Steuern oder Gebühren ergriffen werden sollten. Ebenfalls auf dem Tisch lagen in all den Jahren verkehrsorganisatorische Massnahmen wie Kontrollen, Kontingentierungen, Beschränkungen oder gesetzliche Reglementierungen. Und natürlich auch raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen standen damals wie heute im Raum. Und damals wie heute blieben die Erfolge vor allem dahingehend aus, den motorisierten Individualverkehr einzudämmen und die Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen.

## **Nein zur S-Bahn – Konzept wackelt**

2004 gab die Regierung eine Befragung in Auftrag, die ergab, dass der Handlungsbedarf als gross eingeschätzt wird. 2008 legte die Regierung das Konzept «Mobiles Liechtenstein 2015» vor. Im Jahr 2016 wurde mit dem «Mobilitätskonzept – Statusbericht und Ausblick 2020» ein Zwischenbericht erstellt, 2019 erfolgte erneut eine Umfrage «Mobilität und Verkehr». Und schliesslich hat die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Jahr 2020 – aufbauend auf den früheren Ergebnissen – das Mobilitätskonzept 2030 erarbeitet. Es enthält eine

Vielzahl von aufeinander abgestimmten kleinen und grossen Schritten. Zentrales Element des Mobilitätskonzepts und eines der zehn Leitprojekte war die S-Bahn. Über das grösste Projekt des Mobilitätskonzepts wurde aber im August 2020 abgestimmt: die S-Bahn. Das Volk sagte Nein. Und das Mobilitätskonzept, dessen Massnahmen ohne S-Bahn nicht vollumfassend umgesetzt werden kann, wackelt seitdem. Die Politik zeigt sich erneut ratlos.

Was zwei Jahre später folgte, ist sicher auch das Ergebnis einer gewissen Frustration und der eben genannten Ratlosigkeit. Alle politischen Parteien setzten sich zusammen. Entstanden ist daraus das unterirdische Raum- und Verkehrsprojekt der IG Mobiles Liechtenstein. Der Plan: Von Schaanwald bis Balzers sollen die Hauptverkehrsströme unterirdisch geführt werden. Anschliessend wurde die Regierung vom Landtag beauftragt, «im Rahmen der bestehenden Grundlagen sowie mit bewusster Neuausrichtung dieser aufgrund einer sehr viel breiter gefassten Zielsetzung und ohne sich von vornherein Denkverbote aufzuerlegen, ein nachhaltiges, ganzheitliches Raumplanungs- und Mobilitätskonzept für Liechtenstein zu entwickeln». Die Postulatsbeantwortung erfolgte im April 2023 und zeigte erneut die grossen Hürden auf, die ein allfälliges Infrastrukturprojekt – auch ein unterirdisches – zur Folge hätte.

## **Und wie weiter?**

Nach der Postulatsbeantwortung und noch im Mai 2023 hat die Regierung das Projekt «Raum und Mobilität 2050» in die Wege geleitet. Das Hauptziel: die Bevölkerung einbeziehen und so die Grundlage für ein mehrheitsfähiges Projekt schaffen. Bei der Erarbeitung gesamtheitlicher Verkehrslösungen soll im Rahmen von drei Foren also auch mit der Bevölkerung diskutiert werden. Im Juli dieses Jahres fand das erste davon im Triesner Gemeindesaal statt. Vorerst ging es darum, Lösungen weiterzudenken, ohne sich auf mögliche räumliche oder gesetzgeberische Fragen zu konzentrieren. Im zweiten Forum, das im Winter 2024/25 angedacht ist, soll der Variantenfächer schliesslich genauer betrachtet werden. Und im zweiten Quartal 2025 sollen die Ergebnisse schliesslich beurteilt und eingegrenzt werden. Auf die Ergebnisse darf man gespannt sein ...

# VU UND FBP SOLLEN DAS PROBLEM LÖSEN

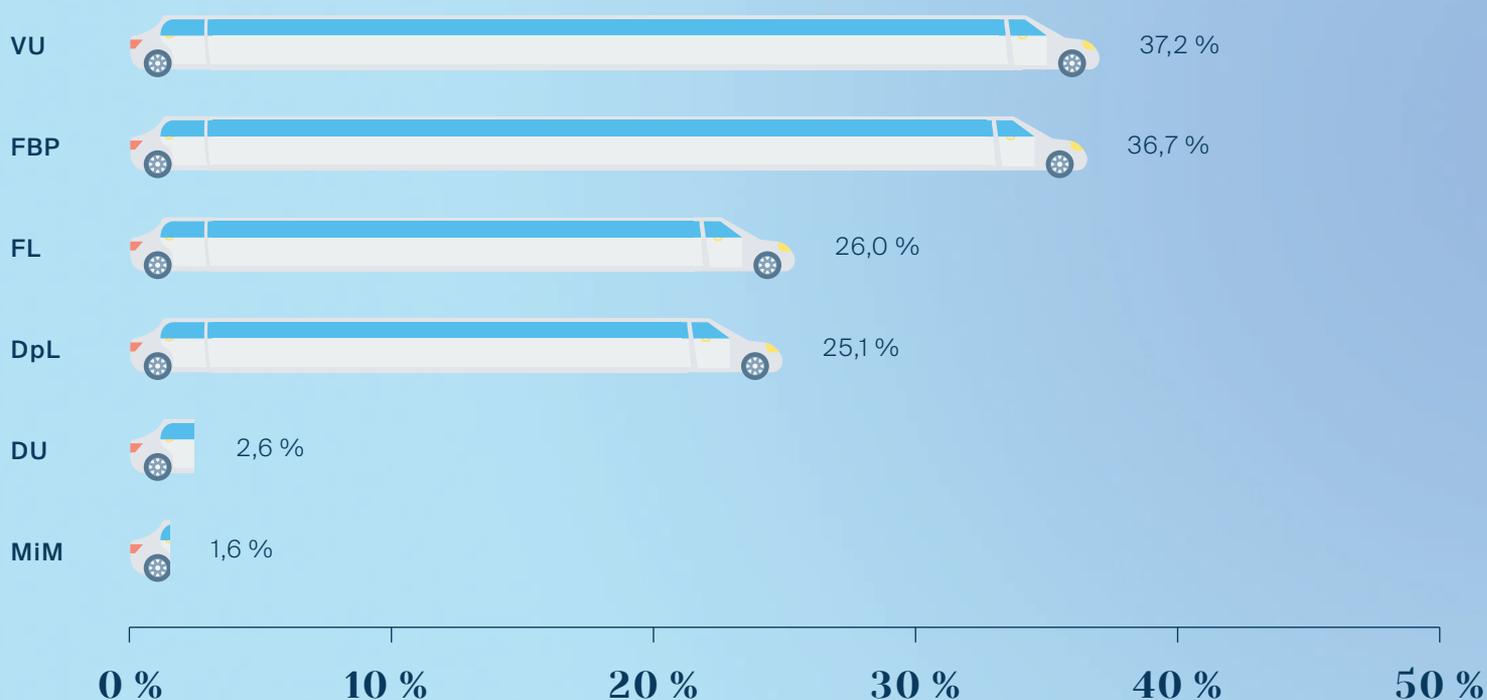
Wem trauen die Befragten am ehesten zu, das Verkehrsproblem zu lösen? Es sind die VU und die FBP. Und diese beiden Parteien hatten in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Hinsicht ja auch schon einiges versucht. Mit wenig Erfolg.

DESIRÉE VOGT



## ALLE BEFRAGTEN

(Anteil Nennungen in %)



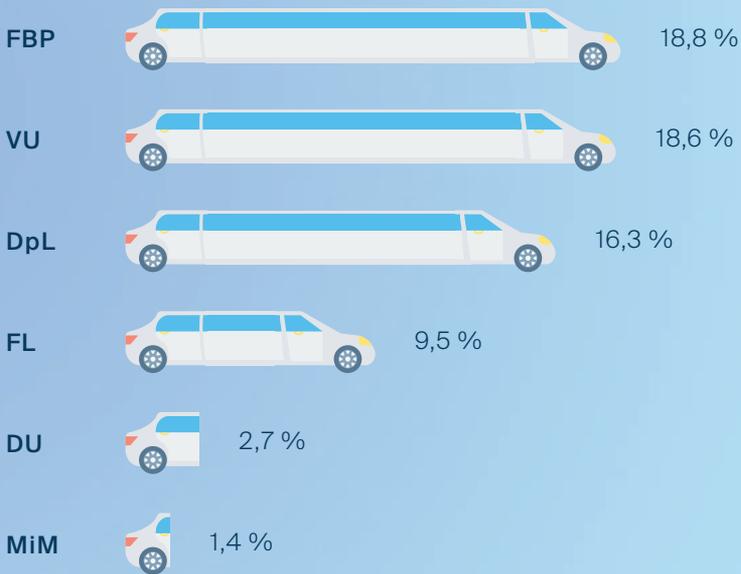
Als kompetenteste Parteien werden die VU und die FBP gesehen – auch ausserhalb der eigenen Anhängerschaft. Während die VU bei allen Befragten mit 37,2 Prozent knapp vor der FBP mit 36,7 Prozent liegt, kehrt sich das Ergebnis – allerdings nur ganz knapp – wenn die eigenen Sympathisanten ihrer Partei keine Stimme geben dürfen. Dann liegt die FBP 0,2 Prozentpunkte vorne.

Während die Freie Liste bei allen Befragten – also auch den eigenen Wählern – auf Rang drei kommt, fällt sie bei der «Eurovisionsregel» hinter die DpL zurück. Will heissen: Die eigene Wählerschaft traut der Freien Liste in diesem Bereich einiges zu, wohingegen Wähler anderer Parteien hierfür eher die DpL als Problemlöser sehen.



### «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben<sup>2</sup> (Anteil Nennungen in %)



### AUSWERTUNGS- VARIANTEN:

1. Die erste Variante berücksichtigt alle Befragten. Die Kompetenzzuschreibungen folgen in dieser Auswertungsvariante oftmals den Wähleranteilen, weil, wie erwähnt, Parteisympathisanten ihrer bevorzugten Partei natürlich oft (aber nicht immer) die höchste Kompetenz beimessen. Trotzdem hat diese Auswertung ihre Berechtigung, denn die Kompetenzzuschreibung dürfte in einigen, wenn nicht sogar in vielen Fällen der Grund dafür sein, dass man eine bestimmte Partei bevorzugt.<sup>1</sup>
2. In der zweiten Variante haben wir die «Eurovisionregel» angewendet: Man darf gewissermaßen nicht für die «eigene» Partei seine Stimme abgeben, sondern nur für andere Parteien. Mit anderen Worten: Diese zweite Auswertung zeigt, welche Partei ausserhalb der eigenen Anhängerschaft die meisten Kompetenzzuschreibungen erhält.

<sup>1</sup> Im Wesentlichen geht es hierbei um die Frage der Kausalität, die wir im Einzelfall natürlich nicht überprüfen können: Entwickelt ein Individuum Sympathien zu einer Partei (bzw. wählt diese Partei), weil es diese Partei für kompetent in vielen Fragen hält? Oder ist die Kausalität genau umgekehrt: Jemand hat, beispielsweise von Haus aus, Sympathien zu einer bestimmten Partei und misst ihr deshalb auch Kompetenz bei, analog zu einem Fussballfan, der die Liebe zum Fussballverein vom Vater «erbt» und wegen dieser Liebe den Verein auch für den spielerisch und technisch (etc.) besten Verein hält?

# STEIGENDE PRÄMIEN SIND EIN HAUSGEMACHTES PROBLEM

Liechtensteiner gehen immer häufiger zum Hausarzt, ins Spital oder zur Apotheke. Entsprechend steigen die Gesundheitskosten und folglich auch die Krankenkassenprämien von Jahr zu Jahr. Eine Lösung wurde noch nicht gefunden. Zum Teil wird sogar kontraproduktiv gearbeitet.

**GARY KAUFMANN**

Die Alarmsignale sind deutlich: 2023 haben die Gesundheitskosten in Liechtenstein, welche über die obligatorische Krankenversicherung (OKP) abgerechnet werden, zum ersten Mal die 200-Millionen-Franken-Marke überschritten. Damit haben sie sich innert zwanzig Jahren verdoppelt. Eine Studie von Zukunft.li über das Gesundheitswesen im Land hält fest, dass die aktuelle Situation zu einem wesentlichen Teil selbstverschuldet ist.

Im Vergleich zu den Kantonen St. Gallen und Graubünden sind die Gesundheitskosten pro Kopf hierzulande um 20 Prozent höher. Die Studienautoren führen dies zurück «auf den tiefen Anteil Versicherter mit Wahlfranchise». In Liechtenstein wählen über vier Fünftel der Versicherten die Grundfranchise. In St. Gallen entscheidet sich beinahe die Hälfte für eine höhere Kostenbeteiligung. Dadurch hilft man nicht nur, die allgemeinen Gesundheitskosten zu reduzieren, sondern tut auch dem eigenen Budget etwas Gutes. Vorausgesetzt man bleibt gesund und kann sich eine Reserve für den Notfall zurücklegen.

## Landesgesundheitskommission prüft Streichen von Leistungen

Die steigenden Gesundheitskosten sind kein neues Phänomen und beschäftigen die Regierung schon seit Jahren. Offensichtlich ist es schwer, eine Lösung zu finden. Dennoch hat die Regierung in der laufenden Legislatur einige Steine ins Rollen gebracht, um sich den ausufernden Ausgaben zu stellen. So hat das Ministerium für Gesellschaft und Kultur die Landesgesundheitskommission damit beauftragt, «die Umsetzbarkeit neuer Ansätze zur Sicherstellung der qualitativ hochstehenden Versorgung für die Bevölkerung zu leistbaren Prämien zu untersuchen». Kurz gefasst sind eine Anpassung des Leistungskatalogs, alternative Vergütungsmodelle für Medikamente sowie die Überarbeitung der Bedarfsplanung vorgesehen.

Grundsätzlich sind sich alle im Land einig, dass die steigenden Gesundheitskosten eingedämmt werden sollten. Doch es hilft nicht, wenn gewisse politische Vorstösse dagegen wirken. So hat der Landtag im Juni beschlossen, den OKP-Staatsbeitrag von 35 auf 38 Millionen Franken zu erhöhen. Die Prämien-

zahlenden werden dadurch zwar entlastet, doch aus Sicht des Gesundheitsministers Manuel Frick werden dadurch vor allem die hohen Kosten überdeckt. Eine weitere Aktion, die falsche Anreize schafft: Per Volksabstimmung wurde die Grundfranchise für Rentner ab dem Jahr 2023 auf null gesetzt.

## Bewussterer Umgang mit Dienstleistungen

Die von der Regierung initiierten Massnahmen machen sich dennoch schon bemerkbar: Aktuell lässt sich eine rückläufige Tendenz bei den Gesundheitskosten beobachten. Per Ende Mai 2024 liegt man 3,4 Prozent unter den Kosten des Vorjahres zum selben Zeitpunkt. Hält diese Entwicklung an, könnten die Ausgaben in diesem Bereich heuer wieder unter 200 Millionen Franken fallen. Damit der Trend anhält, muss jedoch weiter gehandelt werden. Politiker aus verschiedenen Parteien fordern eine stärkere Einbindung der niedergelassenen Hausärzte in die medizinische Versorgung ein. So kritisierte der FDP-Abgeordnete Johannes Kaiser vor zwei Monaten in der «Liewo»-Frage der Woche, dass dieses System «zurückgefahren» und immer mehr Dienstleistungen ins Landesspital ausgelagert wurden.

In eine ähnliche Richtung gehen die Studienautoren von Zukunft.li, welche die Einführung eines Managed-Care-Modells in Liechtenstein vorschlagen. Durch solch ein Ärztenetzwerk, das als erste Anlaufstelle fungiert und die Überweisungen an Spezialisten steuert, könnte die Behandlungsqualität erhöht und eine Kostensenkung erreicht werden, wie Erfahrungen aus der Schweiz zeigen. Versicherte, die sich freiwillig auf dieses Modell beschränken, profitieren von tieferen Prämien. Rechtlich gesehen steht der Einführung in Liechtenstein nichts entgegen, aber die strikte Bedarfsplanung, um ein Überangebot zu verhindern, steht einer Umsetzung aktuell im Weg.

Neben den genannten Vorstössen braucht es letztlich auch einen bewussteren Umgang mit den Gesundheitsdienstleistungen, um die Kosten in Grenzen zu halten. Dazu gehört, sich Gedanken darüber zu machen, ob man die Krankenkasse wechseln, die Franchise anpassen und Zusatzversicherungen kündigen soll. Zudem muss man nicht für jede Beschwerde gleich in die Notaufnahme.

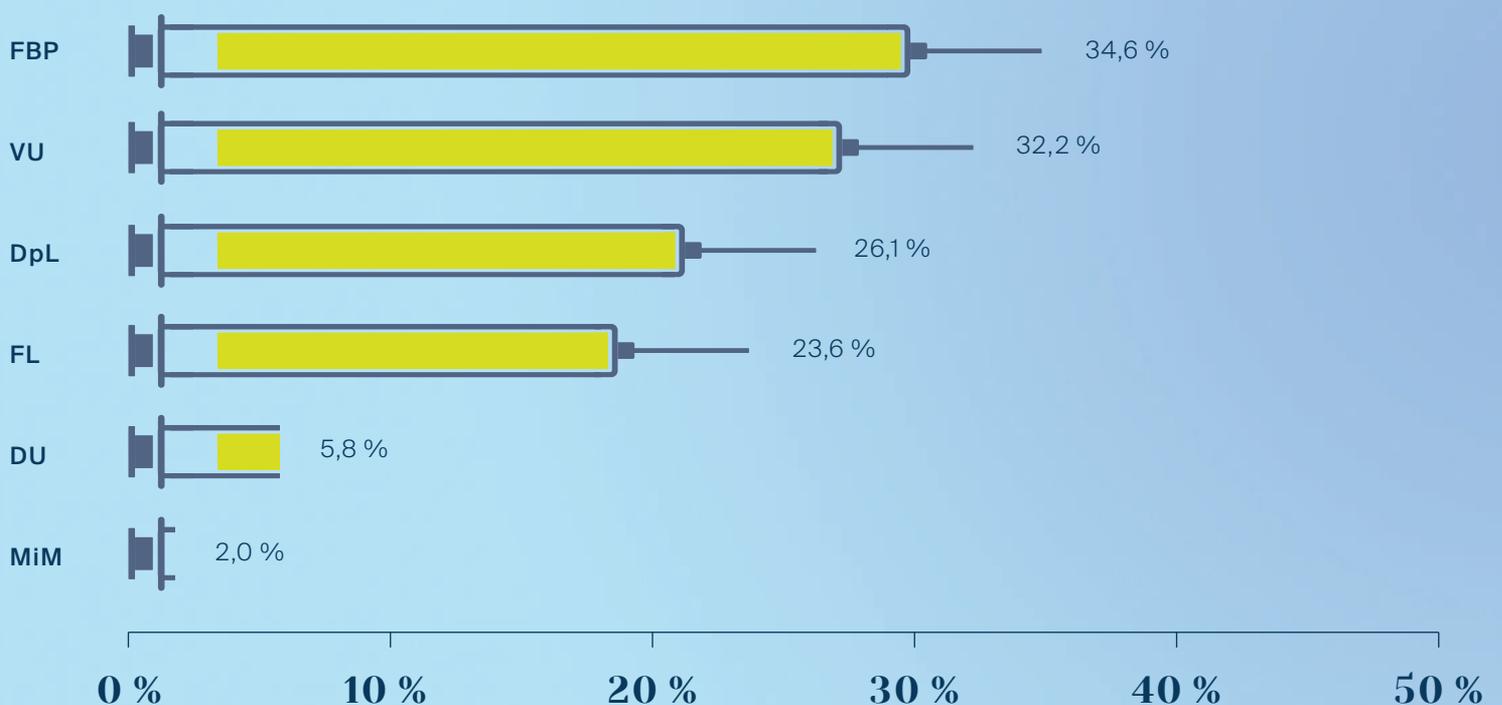
# WER BREMST DIE KOSTENEXPLOSION EIN?

Die steigenden Gesundheitskosten sind eine undankbare Herausforderung, weil alle für tiefere Prämien sind, aber dennoch dagegen handeln. Die Befragten trauen am ehesten den Grossparteien FBP und VU zu, eine Lösung zu finden.

GARY KAUFMANN

## ALLE BEFRAGTEN

(Anteil Nennungen in %)



Mit 34,6 Prozent wird der FBP, welche mit Regierungsrat Manuel Frick aktuell das Gesundheitsministerium führt, in der Umfrage des Liechtenstein-Instituts die grösste Kompetenz in diesem Thema zugesprochen. Knapp dahinter folgen die VU (32,3 Prozent) und mit Abstand die DpL sowie die Freie Liste. Wenn die Parteisympathisanten ausgeklammert werden, gibt es einen neuen Hoffnungsträger. Dann wird der VU am meisten vertraut, das Problem zu lösen, während die FBP zurückfällt. Die DpL bleiben auf Rang 3, liegen aber nur 0,1 Prozentpunkte hinter der FBP. Auch mit der «Eurovisionregel» bleibt die Freie Liste auf Rang 4.



### «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben<sup>2</sup> (Anteil Nennungen in %)



### AUSWERTUNGS-VARIANTEN:

1. Die erste Variante berücksichtigt alle Befragten. Die Kompetenzzuschreibungen folgen in dieser Auswertungsvariante oftmals den Wähleranteilen, weil, wie erwähnt, Parteisympathisanten ihrer bevorzugten Partei natürlich oft (aber nicht immer) die höchste Kompetenz beimessen. Trotzdem hat diese Auswertung ihre Berechtigung, denn die Kompetenzzuschreibung dürfte in einigen, wenn nicht sogar in vielen Fällen der Grund dafür sein, dass man eine bestimmte Partei bevorzugt.<sup>1</sup>
2. In der zweiten Variante haben wir die «Eurovisionregel» angewendet: Man darf gewissermaßen nicht für die «eigene» Partei seine Stimme abgeben, sondern nur für andere Parteien. Mit anderen Worten: Diese zweite Auswertung zeigt, welche Partei ausserhalb der eigenen Anhängerschaft die meisten Kompetenzzuschreibungen erhält.

<sup>1</sup> Im Wesentlichen geht es hierbei um die Frage der Kausalität, die wir im Einzelfall natürlich nicht überprüfen können: Entwickelt ein Individuum Sympathien zu einer Partei (bzw. wählt diese Partei), weil es diese Partei für kompetent in vielen Fragen hält? Oder ist die Kausalität genau umgekehrt: Jemand hat, beispielsweise von Haus aus, Sympathien zu einer bestimmten Partei und misst ihr deshalb auch Kompetenz bei, analog zu einem Fussballfan, der die Liebe zum Fussballverein vom Vater «erbt», und wegen dieser Liebe den Verein auch für den spielerisch und technisch (etc.) besten Verein hält?



# ALTERSPOLITIK: DEM RAHMEN FEHLT ES NOCH AN INHALT

Der demografische Wandel ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit: Doch welche Lösungen hat die Politik parat? Trotz Vertrauensbonus haben die Regierungsparteien in dieser Legislatur bisher wenig Konkretes vorgelegt.

**DANIELA FRITZ**

Mittlerweile liegt die Lebenserwartung in Liechtenstein bei 84,6 Jahren. Die meisten dürfen sich nach der Pension also nicht nur auf viele weitere Lebensjahre freuen, sondern tun dies meist noch recht lange bei guter Gesundheit. Was für den Einzelnen erfreulich ist, stellt die Solidargemeinschaft vor Herausforderungen: Die Finanzierung der Altersvorsorge wird in Umfragen denn auch immer wieder als eines der drängendsten Probleme unserer Zeit genannt. Auch Erbprinz Alois regt in seinen Reden wieder und wieder Reformen an und hätte sich insofern schon etwas mehr Fortschritt im Bereich der Altersvorsorge und Pflege erhofft. «Man hat einiges erreicht, aber man würde gerne noch weiter sein», meint er im Interview in diesem Magazin.

Es ist keineswegs so, dass sich die Regierung diese Anregungen nicht zu Herzen nehmen würde. Für diese Legislaturperiode hatten sich die Koalitionspartner FBP und VU, denen gemäss «Lie-Barometer» die Befragten dafür die höchste Kompetenz zuschreiben, einiges vorgenommen: Gemäss Regierungsprogramm sollen unter anderem verschiedene Varianten zur Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter geprüft und Massnahmen zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge ausgearbeitet werden.

Konkrete Resultate liegen bisher zwar keine vor, aber noch ist die Legislatur nicht vorbei. Und der Herbst könnte diesbezüglich spannend werden: Das versicherungstechnische Gutachten, das die Situation der AHV regelmässig beleuchtet, steht noch an. Derzeit sind die AHV-IV-FAK-Anstalten mit einer Reserve von knapp zehn Jahresausgaben solide aufgestellt. Stellt sich im Bericht allerdings heraus, dass das AHV-Vermögen in den nächsten zwanzig Jahren unter die kritische Grenze von fünf Jahresreserven zu sinken droht, muss die Regierung konkrete Gegenmassnahmen vorschlagen. Stellschrauben sind neben höheren Beitragssätzen oder einem höheren Staatsbeitrag auch die Anpassung des Rentenalters – etwa an die Lebenserwartung gekoppelt.

Schon in der letzten Legislatur zeigte das Gutachten Handlungsbedarf auf. Der Landtag stimmte damals einer Einmal-einlage des Staates von 100 Millionen Franken in den AHV-Fonds zu. Für eine Beitragserhöhung von 8,1 auf 8,7 Prozent waren die Abgeordneten hingegen nicht zu haben. Wie sich 2021

zeigte, reichte der einmalige Staatsbeitrag aber vorerst aus, um die Reserven stabil zu halten.

Nicht nur die erste, auch die zweite Säule soll noch in diesem Jahr zukunftsfähiger gemacht werden, kündigte Gesellschaftsminister Manuel Frick im Februar an. Optionen wären beispielsweise ein eingeschränkter Kapitalbezug oder höhere Mindestbeitragssätze – beides ist politisch heikel. Eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf weitere Personengruppen wie Selbstständige oder mitarbeitende Familienmitglieder wäre ebenfalls eine Möglichkeit, die betriebliche Personalvorsorge zu stärken.

Im Gesellschaftsministerium bleibt also auch noch in den kommenden Monaten viel zu tun. Vom Landtag kam in dieser Legislaturperiode wenig Input. Weder die Demokraten pro Liechtenstein (DpL), der die Bevölkerung gemäss Umfrage ebenfalls eine gewisse Kompetenz im Bereich Altersvorsorge zutraut, noch die Freie Liste haben sich mit Vorstössen in diese Richtung hervorgetan. Zurückgehalten haben sich auch die Landtagsabgeordneten der Grossparteien. Einzige Ausnahme: Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) haben per Initiative durchgedrückt, dass die Rentenhöhe durch den Mischindex berechnet wird. Dies brachte Rentnern Anfang 2023 eine Erhöhung um 2,5 Prozent.

Noch 2020 beauftragte der Landtag die Regierung, mehrere Modelle zur Finanzierung der Betreuung und Pflege im Alter zu prüfen. Im Gespräch stehen beispielsweise eine Pflegeversicherung oder ein individuelles Pflegekapital. Eigentlich sollte das Ergebnis bis Herbst 2021 vorliegen, bekanntermassen grätschte eine Pandemie dazwischen. Aber die Regierung will zumindest noch 2024 liefern.

In den kommenden Jahren könnte also etwas vorwärts gehen. Zumindest den lang ersehnten Rahmen für die künftige Alterspolitik hat Gesellschaftsminister Manuel Frick im Februar vorgelegt, der denn auch von einem «historischen Moment» sprach. Die erste liechtensteinische Altersstrategie, die in einem breiten und partizipativen Prozess über mehrere Monate erarbeitet wurde, umfasst acht Handlungsfelder mit möglichen Massnahmen. Darunter ist auch die Altersvorsorge.

Noch handelt es sich allerdings nur um Papier. Es obliegt nun der Politik, diesem Leben einzuhauchen.

# WER SICHERT UNSERE RENTEN?

Zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge sind mitunter harte Massnahmen erforderlich. Gemäss «Lie-Barometer» trauen die Befragten diese Aufgabe am ehesten den Regierungsparteien zu – ausserhalb der eigenen «Bubble» aber auch den Demokraten pro Liechtenstein (DpL).

**DANIELA FRITZ**

## ALLE BEFRAGTEN

(Anteil Nennungen in %)



Nach über zwanzig Jahren in der Regierungsverantwortung schreiben die Befragten den Grossparteien die höchste Kompetenz zu, die Altersvorsorge langfristig auf sichere Beine zu stellen. Der FBP, die in den letzten zwei Legislaturperioden den Gesellschaftsminister stellte, schenken mit 40,8 Prozent die meisten Befragten das Vertrauen. Darauf folgen knapp die VU und mit etwas mehr Abstand DpL. Diese Rangfolge gilt zwar auch dann noch,

wenn die eigenen Sympathisanten ihrer Partei keine Stimme geben dürfen. Allerdings deutlich knapper: Sowohl der FBP als auch der VU und den DpL trauen etwa je ein Fünftel der Befragten zu, die Renten zu sichern. Auf besonders hohe Werte kommt jedoch keine der drei Parteien. Kaum Kompetenzen in diesem Bereich haben in den Augen der Befragten die Freie Liste und DU.



### «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben<sup>2</sup> (Anteil Nennungen in %)



### AUSWERTUNGS-VARIANTEN:

1. Die erste Variante berücksichtigt alle Befragten. Die Kompetenzzuschreibungen folgen in dieser Auswertungsvariante oftmals den Wähleranteilen, weil, wie erwähnt, Parteisympathisanten ihrer bevorzugten Partei natürlich oft (aber nicht immer) die höchste Kompetenz beimessen. Trotzdem hat diese Auswertung ihre Berechtigung, denn die Kompetenzzuschreibung dürfte in einigen, wenn nicht sogar in vielen Fällen der Grund dafür sein, dass man eine bestimmte Partei bevorzugt.<sup>1</sup>
2. In der zweiten Variante haben wir die «Eurovisionsregel» angewendet: Man darf gewissermassen nicht für die «eigene» Partei seine Stimme abgeben, sondern nur andere Parteien. Mit anderen Worten: Diese zweite Auswertung zeigt, welche Partei ausserhalb der eigenen Anhängerschaft die meisten Kompetenzzuschreibungen erhält.

1) Im Wesentlichen geht es hierbei um die Frage der Kausalität, die wir im Einzelfall natürlich nicht überprüfen können: Entwickelt ein Individuum Sympathien zu einer Partei (bzw. wählt diese Partei), weil es diese Partei für kompetent in vielen Fragen hält? Oder ist die Kausalität genau umgekehrt: Jemand hat, beispielsweise von Haus aus, Sympathien zu einer bestimmten Partei und misst ihr deshalb auch Kompetenz bei, analog zu einem Fussballfan, der die Liebe zum Fussballverein vom Vater «erbt», und wegen dieser Liebe den Verein auch für den spielerisch und technisch (etc.) besten Verein hält?



# WENN DAS LEBEN TEURER WIRD



Auch wenn die Teuerung in Liechtenstein in den letzten zwei Jahren nicht so stark angezogen hat wie in anderen Ländern, gehören die Lebenshaltungskosten zu den drängendsten Sorgen der Landesbewohner.

ELIAS QUADERER

«Das Leben wird immer teurer.» Eine Klage, die seit zwei Jahren nahezu überall zu hören ist. Denn als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine schossen ab 2022 die Preise für Energie und Rohstoffe in die Höhe. In Europa zog die Teuerung in einem Ausmass an wie seit Langem nicht mehr. So erreichte im Oktober 2022 die Inflation in der Eurozone mit 10,6 Prozent einen neuen Rekordwert. Im Vergleich dazu fiel die durchschnittliche Jahresteuerung in Liechtenstein mit 2,1 Prozent 2023 und 2,8 Prozent 2022 eher tief aus. Dennoch: Im «Lie-Barometer» von 2022 sah gut ein Drittel der Befragten in den Lebenshaltungskosten eines der drängendsten Probleme des Landes.

Trotz der vergleichsweise tiefen Inflationsraten kommt dies nicht von ungefähr: Das Fürstentum mag europaweit eines der durchschnittlich höchsten Lohnniveaus aufweisen, aber entsprechend hoch sind auch die Kosten, um hier zu leben. Überraschend ist allerdings, welcher Partei gemäss dem aktuellen «Lie-Barometer» am ehesten zugetraut wird, dafür zu sorgen, dass die Preise für Wohnen, Energie, Mobilität und Co. kein zu grosses Loch in die Haushaltskasse fressen. Unter der «Eurovisionsregel» (für die eigene Partei kann nicht gestimmt werden) sehen rund 20,8 Prozent der Befragten die DpL als kompetenteste Partei in Sachen Lebenshaltungskosten. Dahinter folgen die VU mit 16,9 Prozent und die FBP mit 16,4 Prozent.

Ohne die «Eurovisionsregel» wäre die FBP an der Spitze: 35,4 Prozent der Teilnehmer des «Lie-Barometers» trauen ihr am ehesten zu, die Lebenshaltungskosten in den Griff zu bekommen, gefolgt von der VU mit 35 Prozent. Aber auch wenn die «Eurovisionsregel» nicht gilt, kommen die DpL auf 30,6 Prozent. Immer noch ein stolzer Wert für eine Oppositionspartei, die derzeit nur mit zwei Abgeordneten im Landtag vertreten ist.

## **DpL: Franchise-Befreiung und billigere Pässe**

Aber weshalb wird den DpL in puncto Lebenshaltungskosten so viel Kompetenz zugetraut? Es dürfte damit zusammenhängen, dass die Partei das Thema – zumindest im breiteren Sinne – in dieser Legislatur gut beackert hat. So lancierten sie 2022 die Initiative zur Franchisebefreiung für Rentner, die mit 63,9 Prozent vom Stimmvolk angenommen wurde. Die DpL-Initiative für billigere Reisedokumente musste dagegen gar nicht vors Volk: Nachdem die Partei bereits über 4000 Unterschriften

gesammelt hatte, gab der Landtag im Mai 2023 von sich aus die Zustimmung für die Initiative. Damit wurde der Preis für Pässe von 250 Franken auf 140 Franken gesenkt.

## **Regierung: Energiekostenpauschale und Armutsbericht**

Als im Herbst 2022 bekannt wurde, dass sich die Stromrechnung verdoppeln wird, wurde seitens der DpL die Forderung nach einem Strompreisdeckel laut. Der Deckel blieb aber unrealisiert – nicht zuletzt, weil dessen Ausgestaltung EWR-rechtlich problematisch gewesen wäre. Im Zuge der Strompreisexplosion kam auch die Massnahme der Regierung zustande, die in dieser Legislatur am deutlichsten auf das Problem der gestiegenen Lebenshaltungskosten gemünzt war: die Energiekostenpauschale.

Die Pauschale war Teil eines Entlastungspakets, das Regierung und Landtag im Winter 2022 aufgleisten, um die Folgen des Energiepreisschocks abzufedern. Einkommensschwache Haushalte konnten im ersten Halbjahr eine Einmalzahlung – die Energiekostenpauschale – beantragen. Doch die Nachfrage fiel ernüchternd aus. Darum besserten Regierung und Landtag im Herbst 2023 nach: Die Antragsfrist wurde bis Ende 2023 verlängert, die Pauschale erhöht und der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert. Mit diesen Nachbesserungen holten sich letztlich 47 Prozent der 7300 anspruchsberechtigten Haushalte den staatlichen Zustupf.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Problem zu hoher Lebenshaltungskosten steht der Armutsbericht, den die Regierung im vergangenen Jahr veröffentlicht hat. Damit liegen erstmals umfassende Daten zur finanziellen Situation der liechtensteiner Haushalte vor. Dem Bericht zufolge leben 3,1 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, 14,1 Prozent gelten als armutsgefährdet. Doch konkrete Massnahmen, um die Armut zu bekämpfen, befinden sich noch in Ausarbeitung: Im Frühjahr lancierte das Amt für Soziale Dienste das Projekt «Gemeinsam gegen Armut». Zunächst erhob das Amt mittels Onlinebefragungen die Erfahrungen von Fachleuten und von Armut betroffenen Personen. Ende Juni fand ein Workshop mit Fachleuten sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Die Versammelten diskutierten über Möglichkeiten, wie sich Armut im Land bekämpfen liesse. Und bis Ende des Jahres sollen in einem Schlussbericht konkrete Massnahmen definiert werden.

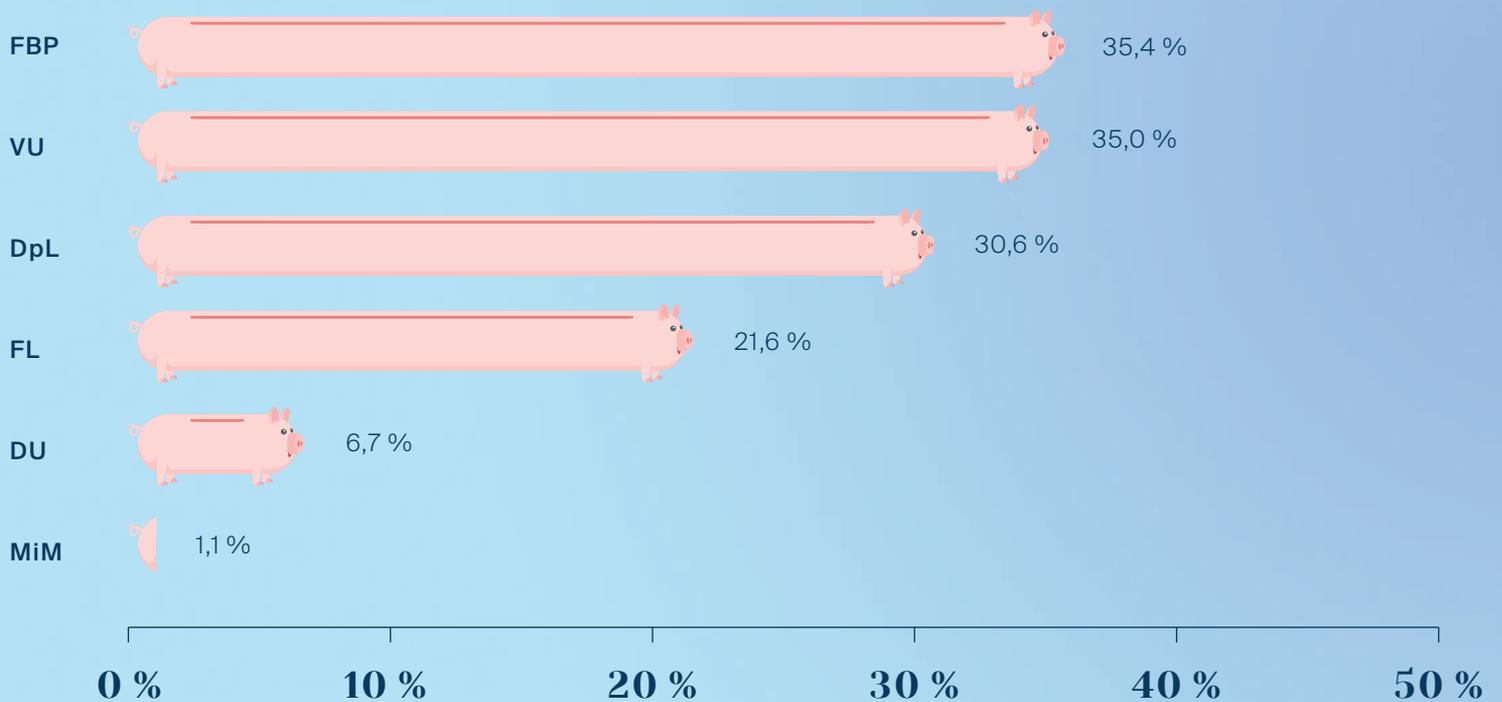
# WER SORGT DAFÜR, DASS DAS LEBEN BEZAHLBAR BLEIBT?

Der Oppositionspartei DpL wird relativ viel Kompetenz zugetraut, das Problem der hohen Lebenshaltungskosten lösen zu können.

ELIAS QUADERER

## ALLE BEFRAGTEN

(Anteil Nennungen in %)



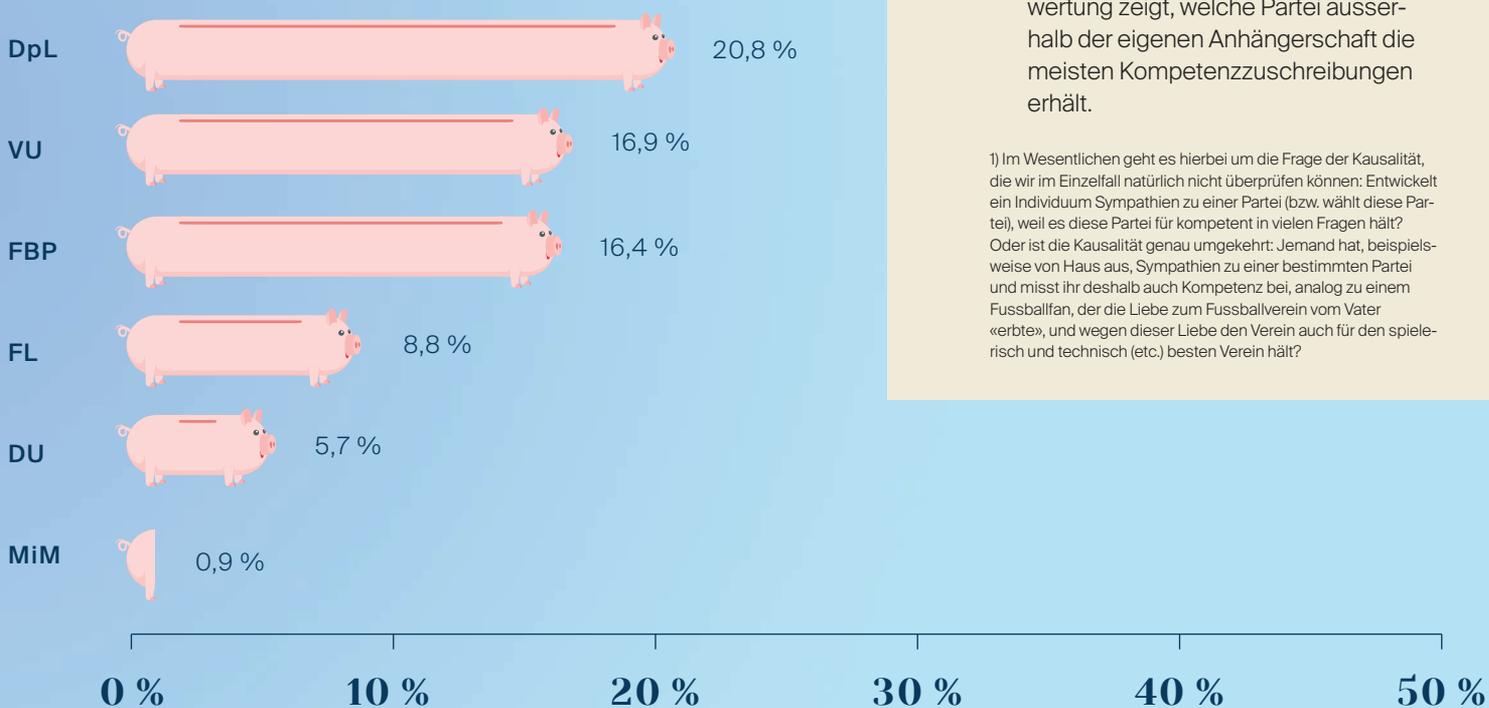
Praktisch gleich kompetent in Sachen Lebenshaltungskosten werden die FBP und die VU gesehen: 35,4 Prozent aller Befragten sehen in der Bürgerpartei die fähigste Partei, das Problem in den Griff zu bekommen und 35 Prozent der Befragten in der Vaterländische Union. Überraschend viel Vertrauen geniessen aber auch die DpL: Über 30 Prozent der Umfrageteilnehmer sehen in ihr die fähigste Partei, das Problem der hohen Lebenshaltungskosten zu lösen.

Wenn die Sympathisanten für ihre eigene Partei nicht stimmen dürfen, erreichen die DpL im Kompetenz-Ranking sogar den ersten Platz. Dagegen belegt die Freie Liste – ob mit oder ohne «Eurovisionsegel» – stets den vierten und damit letzten Platz unter den Landtagsparteien



## «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben<sup>2</sup> (Anteil Nennungen in %)



## AUSWERTUNGS- VARIANTEN:

1. Die erste Variante berücksichtigt alle Befragten. Die Kompetenzzuschreibungen folgen in dieser Auswertungsvariante oftmals den Wähleranteilen, weil, wie erwähnt, Parteisympathisanten ihrer bevorzugten Partei natürlich oft (aber nicht immer) die höchste Kompetenz beimessen. Trotzdem hat diese Auswertung ihre Berechtigung, denn die Kompetenzzuschreibung dürfte in einigen, wenn nicht sogar in vielen Fällen der Grund dafür sein, dass man eine bestimmte Partei bevorzugt.<sup>1</sup>
2. In der zweiten Variante haben wir die «Eurovisionsregel» angewendet: Man darf gewissermaßen nicht für die «eigene» Partei seine Stimme abgeben, sondern nur für andere Parteien. Mit anderen Worten: Diese zweite Auswertung zeigt, welche Partei ausserhalb der eigenen Anhängerschaft die meisten Kompetenzzuschreibungen erhält.

<sup>1</sup> Im Wesentlichen geht es hierbei um die Frage der Kausalität, die wir im Einzelfall natürlich nicht überprüfen können: Entwickelt ein Individuum Sympathien zu einer Partei (bzw. wählt diese Partei), weil es diese Partei für kompetent in vielen Fragen hält? Oder ist die Kausalität genau umgekehrt: Jemand hat, beispielsweise von Haus aus, Sympathien zu einer bestimmten Partei und misst ihr deshalb auch Kompetenz bei, analog zu einem Fussballfan, der die Liebe zum Fussballverein vom Vater «erbt», und wegen dieser Liebe den Verein auch für den spielerisch und technisch (etc.) besten Verein hält?



# «MASSNAHMEN GIBT ES NICHT IN GRÜN UND FLAUSCHIG»

Die befragten Bürger sind sich sicher: In Umwelt-, Klima- und Energiefragen ist die Freie Liste die kompetenteste Partei. Kein Wunder, hat sie sich Ökologie doch auf die Fahne geschrieben. Aber mit entsprechenden Vorstössen scheitert sie meist schon an einer Landtagsmehrheit.

**DESIRÉE VOGT**

«Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Der Klimawandel ist da und in vollem Gange», hält die Regierung in der Klimastrategie 2050 fest. Laut dem Bericht des Weltklimarats vom Februar 2022 verursacht die Erwärmung der Atmosphäre häufigere und intensivere Extremereignisse wie Starkregen, Stürme, Hitze und Trockenheit mit weltweit verheerenden Folgen. «Für Liechtenstein als Alpenland bergen solche Extremereignisse besonders hohe Risiken.» Deshalb hat die internationale Staatengemeinschaft mit dem Übereinkommen von Paris beschlossen, die globale Temperaturerhöhung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 °C, möglichst jedoch auf 1,5 °C, zu beschränken. Der liechtensteinische Landtag hat dieses Übereinkommen ratifiziert und die Regierung hat daraufhin die Klimavision 2050 erstellt.

## Die Sache mit der Theorie und der Praxis

Die vorgenannte Klimastrategie umfasst eine Sammlung von Zielen und Massnahmen – von deren Wirksamkeit die Verantwortlichen natürlich überzeugt sind. Und: Gerade im vergangenen Jahr wurde das Klimaziel erhöht, als der Landtag die Abänderung des Emissionshandelsgesetzes beschlossen hat: Bis zum Jahr 2030 werden die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 reduziert, wobei 40 Prozent im Inland und 15 Prozent im Ausland reduziert werden sollen. Damit wurde das Reduktionsziel von 40 Prozent um 15 Prozent erhöht. Bis 2050 sollen die inländischen Emissionen um 90 Prozent reduziert und die restlichen, unvermeidbaren 10 Prozent, die sogenannten Sockelemissionen, kompensiert werden.

Neben den Papieren, die vorliegen, den Zielen, die gesetzt sind, und den Massnahmen, die definiert sind, muss Liechtenstein als EWR-Mitglied zudem in einigen Bereichen automatisch Regulierungen übernehmen. Doch dabei handelt es sich oft um «Rahmenbedingungen», die der Bürger nicht wirklich zu spüren bekommt. Und wenn doch, dann wird ein solches Vorhaben an der Urne abgeschmettert. Denn vorschreiben lassen will sich der Liechtensteiner nichts, wie sich erst im Januar gezeigt hat, als es um eine Photovoltaik-Pflicht und die Anpassung der Gebäudevorschriften ging. Ein noch deutlicheres Nein hätte es an der Urne wohl nur dann gegeben, hätte die Regierung das Heizungsverbot nicht kurz zuvor noch aus der Vorlage gestrichen. Und das ist nur ein Beispiel von vielen, wie die Politik durchaus versucht, in Sachen Umwelt, Klima und Energie Massnahmen umzusetzen. Und dann letztlich doch an grossen Würfeln scheitert. Definitiv hinkt die Praxis also der Theorie hinterher.

## Vorstoss um Vorstoss ...

In all den Fragen rund um Umwelt, Klima und Energie zeigt sich auch, dass sich Landtag und Bevölkerung offenbar nicht immer einig sind. Als die Abgeordneten im Dezember 2022 bspw. über den Klimabericht 2050 diskutierten, forderten sie nämlich von der Regierung noch ehrgeizigere Ziele. Und dass bei den bisherigen Massnahmen nachgeschärft werden müsse. Es ging dem Landtag einfach alles zu langsam und er appellierte an die Regierung, mehr Mut zu zeigen. Man war sich – mit wenigen Ausnahmen – einig, dass ein Appell an die Selbstverpflichtung nicht ausreicht und verbindliche Vorgaben manchmal notwendig sind. Vorstösse in diesen Bereichen folgten natürlich auch von VU und FDP. Die Führung in diesem Bereich übernahm jedoch die Freie Liste. «Klimamassnahmen gibt es nicht in Grün und flauschig», umschrieb Manuela Haldner-Schierscher schon einmal die Situation. Alleine in den letzten zehn Jahren setzte sich die Freie Liste deshalb unter anderem für eine «Planetary Health Diet» in den Kantinen öffentlicher Unternehmen ein. Oder dafür, dass ein nachhaltiges öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen gefördert wird. Sie reichte Motionen zur Einführung von Photovoltaik auf jedem Dach und für eine PV-Pflicht für Nicht-Wohnbauten ein. Kämpfte nach der Ablehnung der Energievorlagen an der Urne mit einer parlamentarischen Initiative dafür, dass nicht umstrittene Teile der Vorlagen doch noch umgesetzt werden. Wollte die Motorfahrzeugsteuer nach ökologischen Werten umgestalten. Mit einem Vorstoss die Wasserqualität sichern. Die Biolandwirtschaft stärken. Und so weiter und so fort ...

## Grosse Schritte sind zu gross

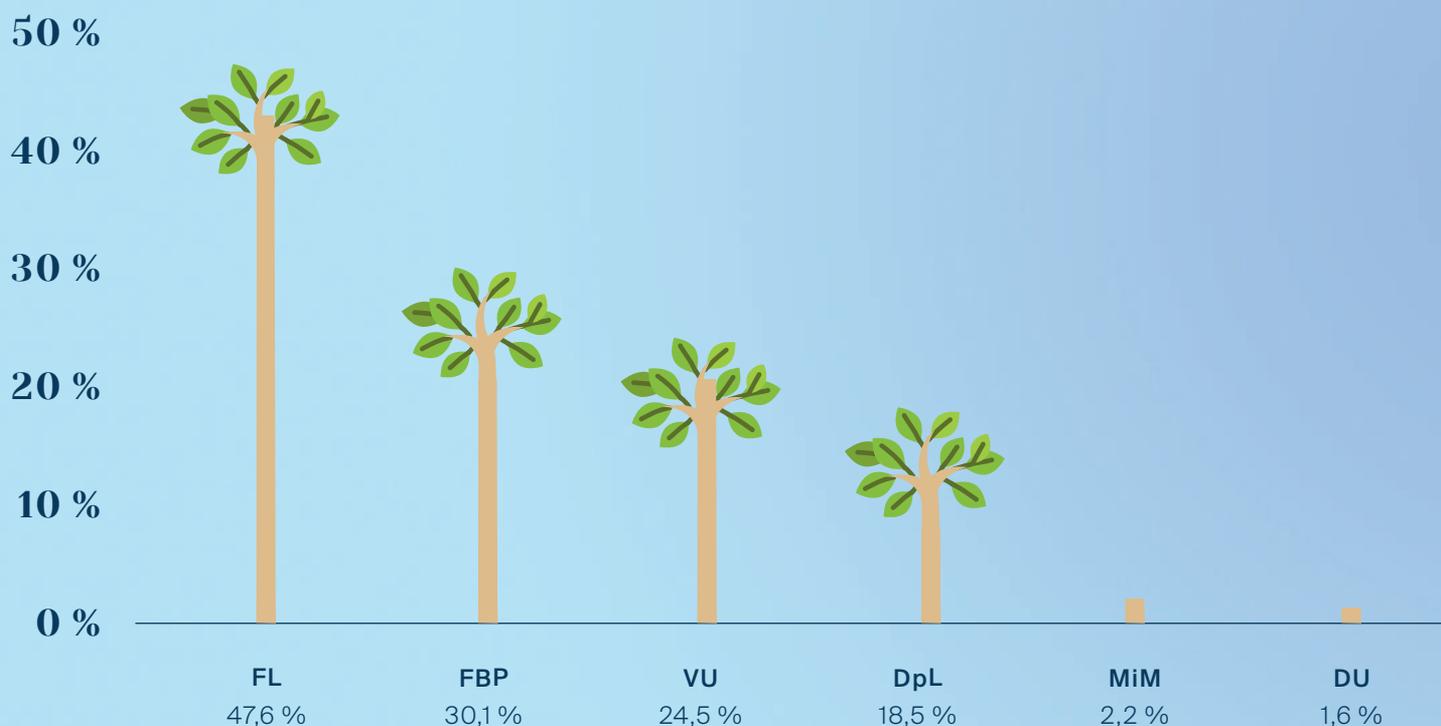
Die Freie Liste will also. Und könnte es gemäss den Befragten auch. Doch trotz dieses Umstandes kommt auch sie in Umwelt-, Klima- und Energiefragen nicht wirklich vom Fleck. Oft muss sie frustriert zur Kenntnis nehmen, dass die grossen Schritte für die Bevölkerung zu viel sind. Es sei halt nicht attraktiv, den Menschen Unbequemes zu sagen, sagte Manuela Haldner-Schierscher im vergangenen Jahr im Rahmen der politischen Sommergespräche mit dem «Vaterland». Und wenn sie betont kämpferisch sagt: «Das sind wir der nächsten Generation einfach schuldig. Wenn wir das jetzt nicht tun, handeln wir politisch derart verantwortungslos – das könnte ich nicht mittragen», spricht sie sicher auch so manchem nicht FL-Wähler aus der Seele, der sich Sorgen um die Zukunft des Planeten macht. Gerettet ist dieser damit allerdings noch lange nicht.

# KOMPETENZ ALLEIN REICHT NICHT AUS

Umwelt, Klima, Energie – definitiv Themen, die sich die Freie Liste auf die Fahne geschrieben hat. Hier will sie einiges bewegen und sollte es auch können, meinen die Befragten. Aber wollen, sollen und können sind halt nicht dasselbe.

DESIRÉE VOGT

## ALLE BEFRAGTEN (Anteil Nennungen in %)

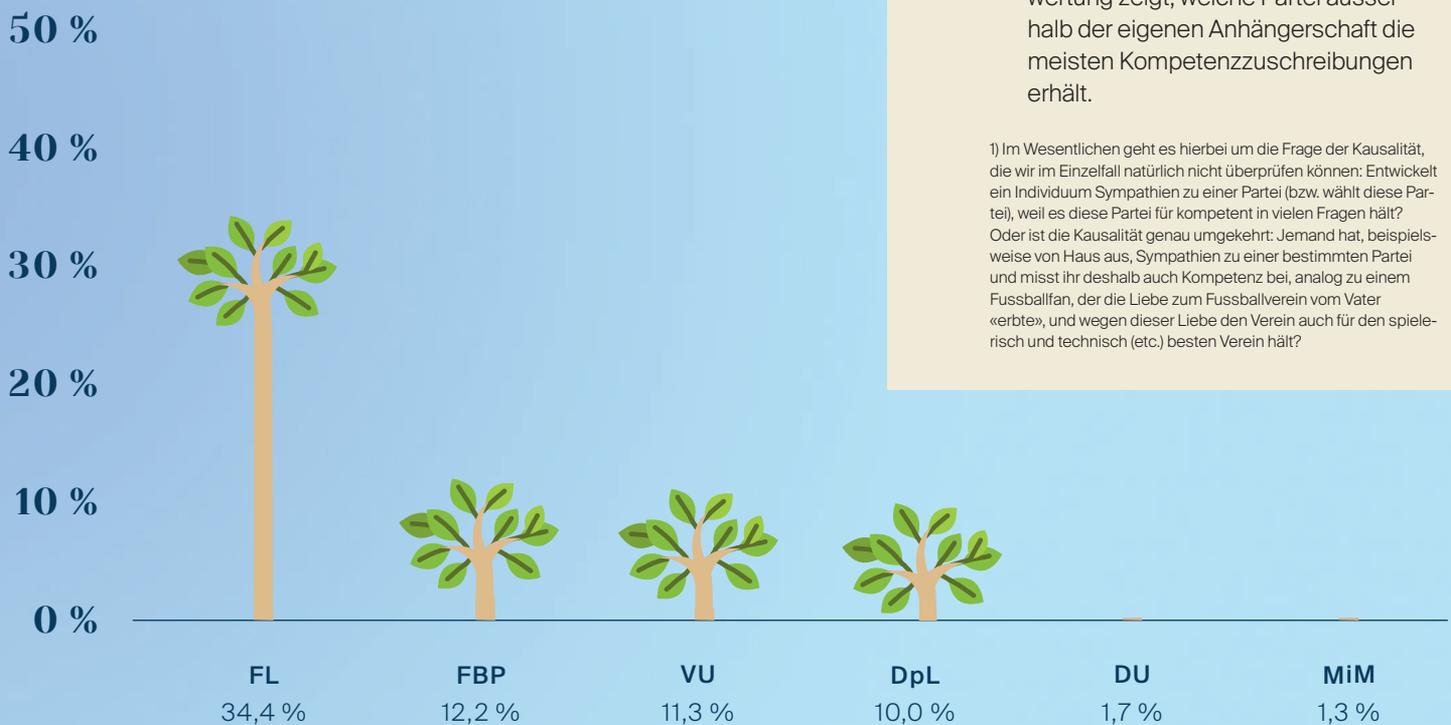


Diese Ergebnisse überraschen kaum: Wenn es um Fragen rund um Umwelt, Klima und Energie geht, dann sprechen die Befragten der Freien Liste mit grossem Abstand am meisten Kompetenz zu. Dieses Bild zeichnet sich auch dann klar, wenn die eigenen Sympathisanten der Freien Liste keine Stimme geben können. Über die Parteigrenzen hinweg sind 34,4 Prozent der Befragten also davon überzeugt, dass die Vertreter der Freien Liste die Probleme in diesen Bereichen am ehesten lösen können. An zweiter Stelle folgt die FBP (12,2 Prozent) und knapp dahinter die VU mit 11,3 Prozent.



### «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben<sup>2</sup> (Anteil Nennungen in %)



### AUSWERTUNGS-VARIANTEN:

1. Die erste Variante berücksichtigt alle Befragten. Die Kompetenzzuschreibungen folgen in dieser Auswertungsvariante oftmals den Wähleranteilen, weil, wie erwähnt, Parteisympathisanten ihrer bevorzugten Partei natürlich oft (aber nicht immer) die höchste Kompetenz beimessen. Trotzdem hat diese Auswertung ihre Berechtigung, denn die Kompetenzzuschreibung dürfte in einigen, wenn nicht sogar in vielen Fällen der Grund dafür sein, dass man eine bestimmte Partei bevorzugt.<sup>1</sup>
2. In der zweiten Variante haben wir die «Eurovisionregel» angewendet: Man darf gewissermaßen nicht für die «eigene» Partei seine Stimme abgeben, sondern nur für andere Parteien. Mit anderen Worten: Diese zweite Auswertung zeigt, welche Partei ausserhalb der eigenen Anhängerschaft die meisten Kompetenzzuschreibungen erhält.

1) Im Wesentlichen geht es hierbei um die Frage der Kausalität, die wir im Einzelfall natürlich nicht überprüfen können: Entwickelt ein Individuum Sympathien zu einer Partei (bzw. wählt diese Partei), weil es diese Partei für kompetent in vielen Fragen hält? Oder ist die Kausalität genau umgekehrt: Jemand hat, beispielsweise von Haus aus, Sympathien zu einer bestimmten Partei und misst ihr deshalb auch Kompetenz bei, analog zu einem Fussballfan, der die Liebe zum Fussballverein vom Vater «erbt», und wegen dieser Liebe den Verein auch für den spielerisch und technisch (etc.) besten Verein hält?

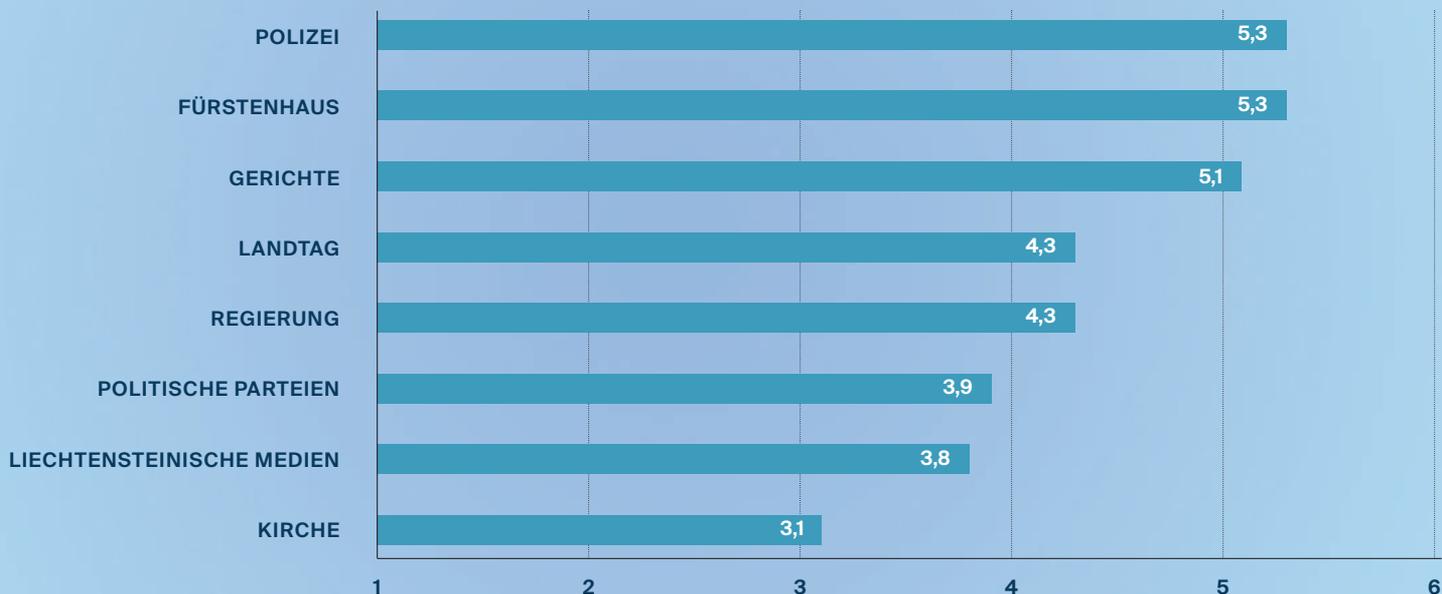
# VERTRAUEN IN DIE INSTITUTIONEN: REGIERUNG UND LANDTAG ZEIGEN KNICK GEGEN UNTEN

Das Vertrauen in die liechtensteinischen Institutionen wird regelmässig abgefragt. Der Wert 1 heisst, dass «absolut kein Vertrauen» da ist, 7 heisst, dass «volles Vertrauen» da ist.

Beim aktuellen «Lie-Barometer» zeigt sich, dass das Vertrauen in die Institutionen grundsätzlich relativ stabil ist und sich die Ausreisser gegen unten auf die Zeit am Ende der Coronapandemie beschränkten.

Bei der aktuellen Umfrage zeigen nur die Regierung und der Landtag einen Trend nach unten. Dies deckt sich mit der Trendumfrage im Juni zu den Landtagswahlen 2025.

## VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN



### Im Trend



# DPL WERDEN ALS «VOLKSNAH» GESEHEN, ABER AUCH ALS DOGMATISCH

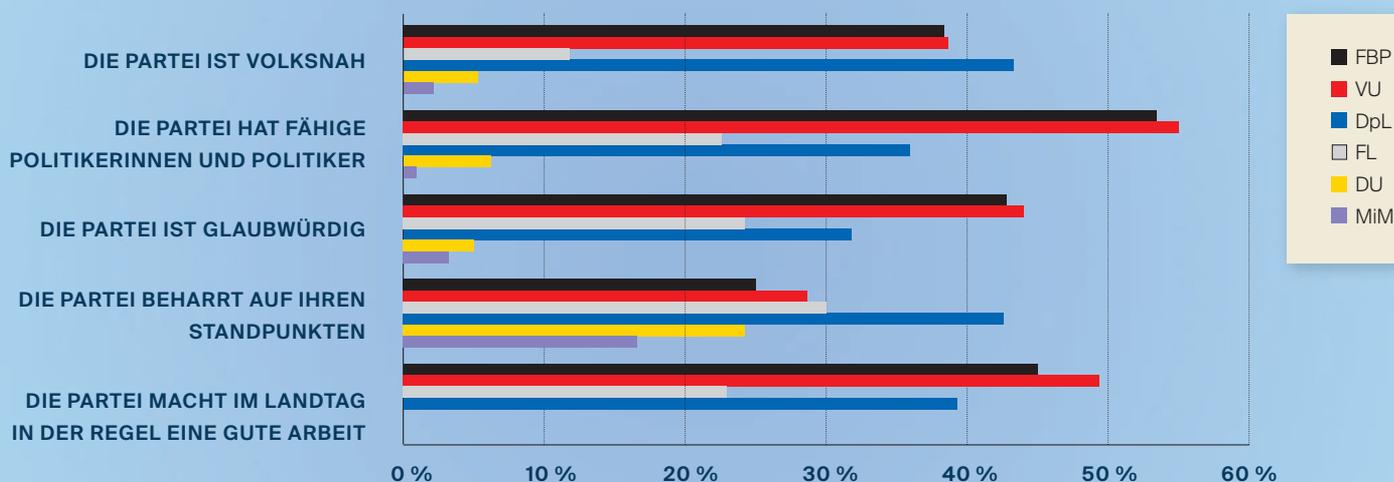
Beim «Lie-Barometer» wurden fünf Parteiattribute erstmals abgefragt. Diese Fragen wurden auch schon im Zusammenhang mit den Deutschen Bundestagswahlen und den Schweizer Parlamentswahlen gestellt.

Der grösste Widerspruch zeigt sich hier bei den Demokraten pro Liechtenstein (DpL). Auf der einen Seite wird die Partei als «volksnah» gesehen, auf der

anderen Seite wird die Partei aber am stärksten so wahrgenommen, dass sie «dogmatisch auf ihren Standpunkten beharrt».

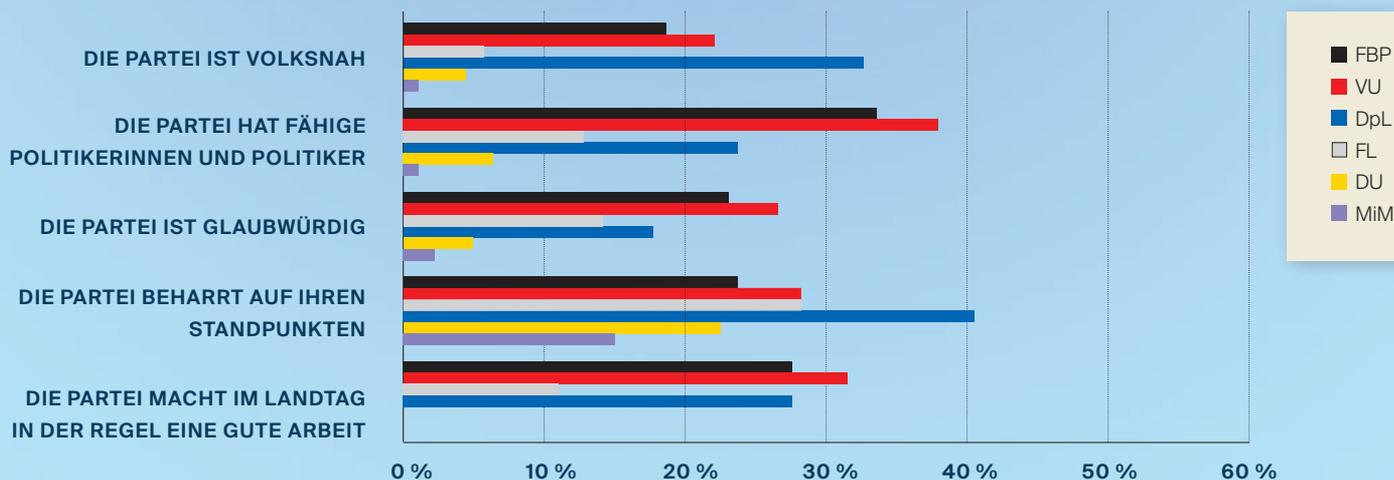
## ALLE BEFRAGTEN

(Anteil Nennungen in %)



## «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben (Anteil Nennungen in %)



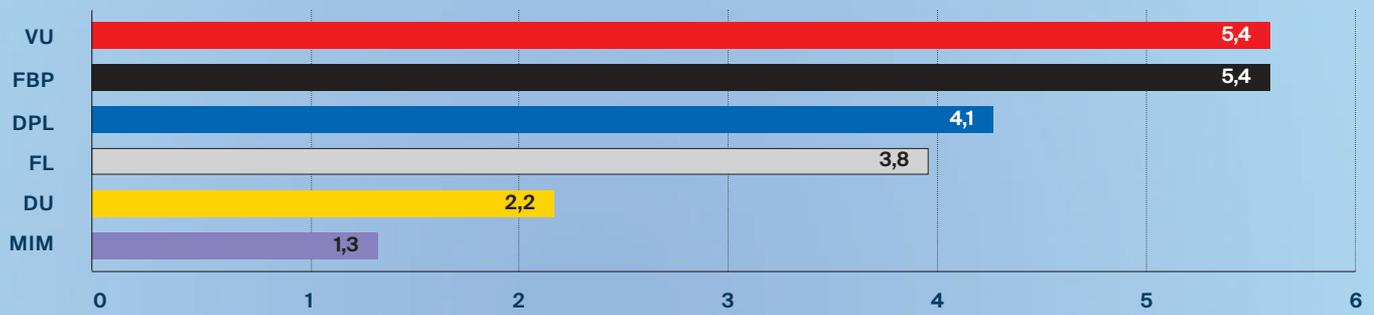
# HÖHERE SYMPATHIEWERTE FÜR ALLE PARTEIEN MIT AUSNAHME DER FREIEN LISTE

Die Sympathie zur Partei auf einer Skala zwischen 0 («gar nicht sympathisch») und 10 («sehr sympathisch») wurde letztmals nach den Landtagswahlen 2021 abgefragt.

Der Vergleich zeigt, dass bis auf die Freie Liste alle Parteien sympathischer wahrgenommen werden als bei den Landtagswahlen 2021. Den grössten Sprung machen die Demokraten pro Liechtenstein (DpL). Es zeigt sich auch, dass sich bei der Anwendung der

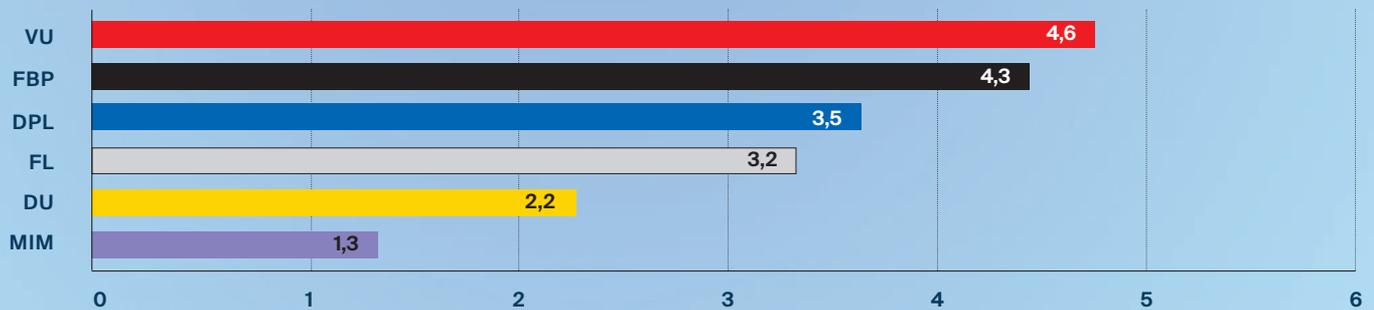
«Eurovisionregel» – dabei darf man die «eigene Partei» nicht wählen – die identische Rangierung ergibt wie bei der ersten Trendumfrage zu den Wahlabsichten für die Landtagswahlen 2025. Auch dort lag die VU knapp vor der FBP und auf Rang drei die DpL.

## ALLE BEFRAGTEN



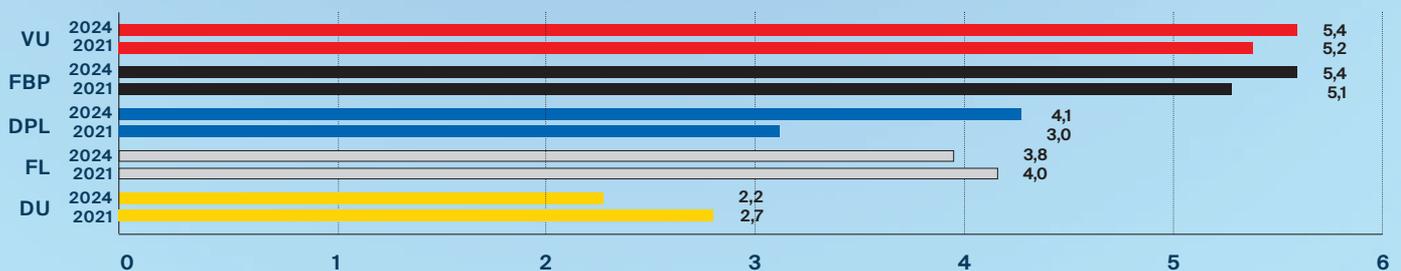
## «EUROVISIONSREGEL»:

Ohne eigene Sympathisanten und Personen, die mehrere Parteien angegeben haben



## ALLE BEFRAGTEN

Vergleich mit 2021 (Wahlumfrage Landtagswahlen)



# LIECHTENSTEINER Vaterlandmagazin

Staatsfeiertag 2024

www.vaterlandmagazin.li  
August 2024



## Liechtenstein

Glücklich, aber unzufrieden

# Widersprüchlich



**W**er in Liechtenstein leben darf, kann sich glücklich schätzen. Es ist zwar nicht für alle «das Land, in dem Milch und Honig fließen», so wie es ein langjähriger Landtagsabgeordneter immerzu sagt, aber es ist verdammt nah dran. Und grundsätzlich sind die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner auch glücklich. Dies zeigt das aktuelle «Lie-Barometer». Die Umfrage des Liechtenstein-Instituts und des «Liechtensteiner Vaterlands» wird seit 2019 in regelmässigen Abständen durchgeführt. Die individuelle

Lebenszufriedenheit ist konstant hoch und zeigt «eine hohe Stabilität». So auch in der aktuellen Umfrage.

Im Widerspruch dazu steht die Zufriedenheit mit den Institutionen. So zeigte sich bei der ersten Trendumfrage zu den Landtagswahlen 2025 von Demoscope, dass eine Mehrheit eher oder sehr unzufrieden mit der Arbeit der aktuellen Regierung und dem Landtag ist. Einen offensichtlichen Grund dafür gibt es nicht. Die Staatsfinanzen sind im Lot. Land und Gemeinden haben hohe Reserven, und eine Staatsverschuldung existiert nicht. Die Infrastruktur ist allgemein auf einem hohen Niveau, das Bildungswesen funktioniert und über die Gesundheitsversorgung kann grundsätzlich auch nicht geklagt werden. Wir haben ein gut funktionierendes Justizwesen und wirtschaftlich sind wir ziemlich robust. Kurz: Unser Kleinstaat funktioniert. Und wenn man Vergleiche anstellt, ist dies sogar eine Untertreibung.

Und trotzdem steht aktuell ein latentes «Aber» im Raum. Erbprinz Alois sieht einen Grund dafür in den äusseren Einflüssen. Eine gewisse

Unzufriedenheit sieht er aber positiv, da Stillstand nie gut sei. Für Stillstand besteht aktuell aber weder innen- noch aussenpolitisch eine Gefahr. Ab der nächsten Woche werden die ersten Namen der Kandidierenden für ein Regierungsamt bekannt. Bis Ende November werden wir auch alle Landtagskandidaten kennen. Personell werden die Landtagswahlen im Februar 2025 auf jeden Fall einige Veränderungen bringen. Spätestens dann werden wir wissen, ob sich das «Aber» auch an der Urne auswirkt oder ob die Unzufriedenheit nur vorübergehender Natur war.

Im aktuellen «Lie-Barometer» zeigen sich jedenfalls grosse Unterschiede, welcher Partei man zutraut, die fünf meistgenannten Probleme im Land zu lösen. Die grössten Sorgen machen sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner bei den Themen Verkehr, Lebenshaltungskosten, Gesundheitskosten, Finanzierung Altersvorsorge/AHV und bei Umwelt- sowie Klima- und Energiefragen. Bis auf den letzten Punkt sind diese Sorgen stark nach innen gerichtet. Auch dies ist etwas widersprüchlich, wenn man über die Landesgrenzen blickt oder die globalen Probleme betrachtet.

Aber vielleicht ist das einfach Liechtenstein. Viele sehen unsere 160 Quadratkilometer als «Nabel der Welt». Dabei würde es «die Welt» wahrscheinlich nicht einmal merken, wenn wir als Staat nicht mehr existieren würden. Unsere Souveränität ist nicht selbstverständlich. Deshalb ist unsere Aussenpolitik auch immer Innenpolitik. Am 15. August dürfen wir jedes Jahr unsere Eigenstaatlichkeit feiern. Dabei dürften wir auch ein wenig dankbarer für unsere Situation sein – und die «Abers» für einmal zu Hause lassen.

Einen schönen Staatsfeiertag wünscht

Patrik Schädler

## STAATSFEIERTAG 2024

# 9

### ERBPRINZ ALOIS

IM INTERVIEW ZIEHT ER BILANZ ÜBER DIE ABLAUFENDE LEGISLATURPERIODE.

# 43

### SOZIALER ZUSAMMENHALT

ES IST NICHT MEHR SO, WIE ES WAR. EIN UMFRAGE ZEIGT, WARUM DIES SO SEIN KÖNNTE.

# 51

### WELCHE PARTEI KANN ES?

DIE PROBLEME SIND BEKANT. DAS «LIE-BAROMETER» ZEIGT, WEM MAN LÖSUNGEN ZUTRAUT.

# 33

### GERHARD FEHR

DER VERHALTENSÖKONOM ERKLÄRT, WARUM UNZUFRIEDENHEIT MENSCHLICH IST.

# 47

### DIE FÜNF HAUPTSORGEN

ES SIND FÜNF PUNKTE, DIE IN UMFRAGEN IMMER WIEDER GENANNT WERDEN.

# 77

### WIRKLICH SO SCHLIMM?

EINE STRASSENUMFRAGE ZEIGT, DASS ES DOCH NICHT SO SCHLIMM IST, WIE ES SCHEINT.

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Vaduzer Medienhaus AG LEITUNG «VATERLAND»-MAGAZINE: Andreas Laternser REDAKTION: Daniela Fritz, Desirée Vogt, Valeska Blank, Elias Quaderer, Gary Kaufmann, Patrik Schädler DESIGN: Stefan Aebi INSERATEAKQUISITION: Patrick Flammer, Sandro Kalberer, Sergio Rodriguez, Karin Theiler, Tristan Gabathuler COVER: Stefan Aebi BILDER: Daniel Schwendener, Ethan Oelman DRUCK: AVD Goldach, Erscheinungsdatum: 13. August 2024